

Angleichung der Markteinkommen privater Haushalte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht in Sicht	51
Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union — Entwicklung und individuelle Risikofaktoren	57

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 4/2001

Berlin

Bibliothek

25. Januar 2001

68. Jahrgang

Angleichung der Markteinkommen privater Haushalte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht in Sicht

Mit dem Transformationsprozess in Ostdeutschland seit Beginn der 90er Jahre hat sich der Einkommensabstand zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich verringert. Nach Ergebnissen des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)¹ haben sich die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland bis zum Jahre 1998 dem westdeutschen Einkommensniveau auf rund 80 %, kaufkraftbereinigt sogar auf 85 % genähert.² Ermöglicht wurde diese Annäherung vor allem durch die anhaltend hohen Transfers nach Ostdeutschland, denn die Markteinkommen entwickelten sich weit schwächer; diese stagnieren seit 1994 und kamen im Jahre 1998 nur auf 70 % des Niveaus in Westdeutschland.

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sank das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit im Durchschnitt aller Haushalte nach einem vorübergehenden Anstieg sogar wieder auf das Niveau von Anfang der 90er Jahre. Die haushaltsbezogene Verteilung der Markteinkommen ist dabei in beiden Regionen Deutschlands insgesamt deutlich ungleicher geworden; dazu trug vor allem die Zunahme der Haushalte mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen bei. In Ostdeutschland kam es zu einer stärkeren Spreizung der Markteinkommen, die Ende der 90er Jahre das Ausmaß an Ungleichheit in Westdeutschland übertraf.

Gegenläufige Entwicklung der Arbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die für die Entwicklung der Einkommen eine zentrale Rolle spielen, waren in den 90er Jahren in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. In Westdeutschland hat mit der konjunkturellen Belebung im Jahre 1998 eine Trendumkehr auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt. Nachdem hier die Zahl der Erwerbstätigen seit Beginn der 90er Jahre stets zurückgegangen war, hat sie erstmals im Jahre 1998 wieder leicht (auf 29,3 Mill.) zugenommen. Die positive Beschäftigungsentwicklung setzte sich in den beiden vergangenen Jahren fort.³

In Ostdeutschland dagegen gibt es keine Anzeichen eines sich belebenden Arbeitsmarktes. Nach zunächst leichten Zuwächsen bis Mitte der 90er Jahre hat die Zahl

der Erwerbstätigen wieder abgenommen. Betrug sie im Jahre 1995 noch rund 6,4 Mill., stagniert sie seit 1997 bei rund 6,2 Mill., darunter nur noch rund 5,1 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

¹ Vgl. Projektgruppe Panel: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5–15.

² Die Einkommen auf der Basis des SOEP werden hier als äquivalenzgewichtete Jahreseinkommen ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um retrospektiv erfragte Einkommen des Vorjahres. Zur Methode der vom DIW durchgeführten Kaufkraftparitätenberechnung vgl.: Ostdeutschland fünf Jahre nach der Einheit: Rückgang der Erwerbsbeteiligung scheint gestoppt, Einkommen gleichen sich weiter an, Armut stagniert. Bearb.: Peter Krause. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1995.

³ Vgl. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Arbeitsmarkt 1999, Sondernummer, 48. Jahrgang, 2000.

Während sich die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland seit 1997 von damals über 3 Mill. um knapp 500 Tsd. verringerte, blieb sie in Ostdeutschland mit 1,3 Mill. unverändert. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote im Ostteil Deutschlands von rund 19 %. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland insgesamt vergrößert. Er machte in beiden Regionen im Jahre 1999 mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen aus.

Entwicklung der Markteinkommen in Ost- und Westdeutschland

Um die Wohlfahrtspositionen von Personen in Privathaushalten zu beurteilen, wird üblicherweise das verfügbare Einkommen herangezogen.⁴ Dabei handelt es sich um das Einkommen der Haushalte nach der Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem. Um die Einkommenssituation von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung miteinander zu vergleichen, werden hier bedarfsgewichtete „Äquivalenzeinkommen“ verwendet, in denen Kostenvorteile größerer Haushalte gegenüber kleineren mit Hilfe eines modifizierten Pro-Kopf-Einkommens berücksichtigt werden.⁵ Gemessen am verfügbaren Einkommen erreichten die ostdeutschen Haushalte im Jahre 1998 etwa 80 % des durchschnittlichen Einkommens der westdeutschen Haushalte.⁶ Berücksichtigt man die weiterhin bestehenden Kaufkraftunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, so reduziert sich der Einkommensabstand von rund 20 % auf 15 %.

Freilich geben die verfügbaren Einkommen keinen Aufschluss über die ökonomische Leistungsfähigkeit der Haushalte. Deshalb sollen hier die am Markt erzielten Erwerbs- und Vermögenseinkommen betrachtet werden. Transferzahlungen bleiben somit weitgehend außer Betracht. Das durchschnittliche Marktäquivalenzeinkommen⁷ der Privathaushalte⁸ belief sich in Westdeutschland im Jahre 1998 auf etwas mehr als 44 000 DM (Tabelle 1). Dabei wird das Einkommen nicht nur auf die Erwerbstätigen (bzw. die Bezieher von Markteinkommen) bezogen, sondern auf alle Haushaltsmitglieder.⁹ Zu berücksichtigen ist hierbei, dass im Jahre 1998 in den alten Bundesländern nur 78 % aller Personen in Haushalten mit Erwerbseinkommen lebten.

Nach anhaltenden Einkommenszunahmen von 1990 bis 1995 haben sich die nominalen Marktäquivalenzeinkommen in Westdeutschland bis zum Jahre 1998 nur wenig verändert. Bei den realen Marktäquivalenzeinkommen ist im gesamten Zeitraum keine klare Tendenz zu erkennen. Die Entwicklung zeigt leichte Schwankungen in beide Richtungen. Am Ende der betrachteten Periode (1998) steht ein Einkommen von gut 44 000 DM zu Buche, knapp 1 000 DM über dem Ausgangsniveau.¹⁰

Tabelle 1

Markteinkommen¹⁾ der Bevölkerung in Privathaushalten in Deutschland Jahreseinkommen in DM

Jahr ²⁾	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Nominal	Real ³⁾	Nominal	Real ³⁾
1990	35 745	43 380	-	-
1991	38 329	44 829	19 085	26 618
1992	40 185	45 202	22 671	27 886
1993	40 847	44 399	26 829	29 843
1994	41 611	44 033	28 905	31 014
1995	43 330	45 088	29 014	30 541
1996	42 988	44 181	30 297	31 299
1997	43 280	43 673	30 170	30 475
1998	44 233	44 233	30 976	30 976

¹⁾ Äquivalenzgewichtet. Äquivalenzeinkommen = Haushaltseinkommen/(Haushaltsgröße)^{0.5}. — ²⁾ 1994 ohne Zuwanderererstichprobe, 1997 und 1998 ohne Ergänzungsstichprobe E. — ³⁾ Auf Preisbasis 1998.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Berechnungen des DIW.

⁴ Vgl. Einkommensverteilung in Deutschland - Stärkere Umverteilungseffekte in Ostdeutschland. Bearb.: M. M. Grabka. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/2000.

⁵ Als Bedarfsgewicht wird pro Haushalt die Quadratwurzel aus der Haushaltsgröße verwendet. Dieses international anerkannte Verfahren impliziert beispielsweise, dass einem Vier-Personen-Haushalt statt eines Gewichts von 4 wie bei der Pro-Kopf-Rechnung ein Äquivalenzgewicht von 2 zugeordnet wird. Ein Vier-Personen-Haushalt benötigt danach im Gegensatz zur Pro-Kopf-Berechnung nur etwa das doppelte Einkommen eines Ein-Personen-Haushalts, um das gleiche materielle Wohlstandsniveau zu erlangen. Vgl. B. Buhmann, L. Rainwater, G. Schmaus, T. M. Smeeding: Equivalence Scales, Well-Being, Inequality and Poverty: Sensitivity Estimates Across Ten Countries Using the Luxembourg Income Study (LIS) Database. Review of Income and Wealth, Vol. 34(2), 1988, pp. 115–142.

⁶ Berechnungen auf Basis der Daten des SOEP. Veröffentlicht in: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR): Jahresgutachten 2000/01. Wiesbaden 2000, S. 419–433.

⁷ Markteinkommen sind Bruttoeinkommen und umfassen Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit, Kapitaleinkünfte einschließlich des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums und private Transfers. Für die Jahre 1991 und 1992 wird für Ostdeutschland kein Mietwert für das selbstgenutzte Wohneigentum ausgewiesen, da diese Information im SOEP bei ostdeutschen Haushalten nicht erhoben wurde (der Wert selbstgenutzten Wohneigentums ist aufgrund der niedrigen Mieten zu dieser Zeit in Ostdeutschland als sehr gering einzuschätzen). Im Ergebnis kommt es so zu einer leichten Unterschätzung der Einkommenssituation ostdeutscher Eigentümerhaushalte in den Jahren 1991 und 1992.

⁸ Private Haushalte: ohne Anstaltsbevölkerung und ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁹ Steigende Erwerbseinkommen können zu einem sinkenden Haushaltsmarkteinkommen führen, wenn die Zahl der Haushaltsmitglieder überproportional steigt bzw. die Zahl der Erwerbstätigen (insbesondere durch Arbeitslosigkeit) überdurchschnittlich sinkt.

¹⁰ Für die Berechnung der Realeinkommen wurde der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte des Statistischen Bundesamtes verwendet. Realeinkommen werden in Preisen von 1998 ausgewiesen.

Die Entwicklung in Ostdeutschland war bis 1996 durch eine kräftige Zunahme der nominalen Marktäquivalenzeinkommen gekennzeichnet. In den beiden folgenden Jahren verharrten sie auf diesem Niveau — bei gut 30 000 DM —, das im Jahre 1998 etwa 70 % des entsprechenden Wertes in Westdeutschland entsprach. Die Betrachtung der realen Marktäquivalenzeinkommen zeigt ein ähnliches Bild. Nach den Zuwächsen bis 1994 auf 31 000 DM gab es kaum noch Veränderungen. Die Entwicklung der Marktäquivalenzeinkommen in den beiden Teilen Deutschlands macht deutlich, dass die anfangs rasche Annäherung der ostdeutschen Einkommen an das Westniveau Mitte der 90er Jahre zum Stillstand gekommen ist. Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums und der anhaltend ungünstigen Arbeitsmarktsituation lässt eine weitere Annäherung seitdem auf sich warten.

Entwicklung der Komponenten des Markteinkommens

In Westdeutschland war das durchschnittliche reale Äquivalenzerwerbseinkommen — bezogen auf alle Haushalte — im Beobachtungszeitraum in der Tendenz leicht rückläufig, geprägt von der Entwicklung seiner Hauptkomponente, den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Tabelle 2).¹¹ Darin spiegelt sich auch die gestiegene Betroffenheit von Arbeitslosigkeit.

¹¹ Ebenso war die Erwerbsbeteiligung rückläufig. Bezogen auf das Erwerbspersonenpotential betrug der Anteil der Erwerbstätigen an allen Erwerbspersonen in den alten Bundesländern im Jahre 1992 noch 91 %, im Jahre 1999 nur noch 87 % (vgl. ANBA, a.a.O., S. 35).

Tabelle 2

Reales Markteinkommen¹⁾ der Bevölkerung in Privathaushalten in Deutschland nach Einkommensarten

Jahr ²⁾	Markteinkommen				Nachrichtlich: Anteil der Personen in Haushalten mit ...	
	Erwerbseinkommen		Kapital- einkünfte ³⁾	Insgesamt	Erwerbsein- einkommen	Einkommen aus unselb- ständiger Arbeit
	Insgesamt	darunter Ein- kommen aus unselb- ständiger Arbeit				
in DM				in %		
Westdeutschland						
1990	37 709	33 930	5 671	43 380	82,0	78,4
1991	38 547	34 585	6 281	44 829	81,1	77,6
1992	38 545	34 511	6 656	45 202	80,2	76,9
1993	37 645	33 865	6 753	44 399	79,7	76,5
1994	36 697	33 509	7 335	44 033	78,4	75,7
1995	38 201	34 597	6 885	45 088	79,4	76,8
1996	37 177	33 672	7 003	44 181	78,4	74,7
1997	36 722	33 178	6 950	43 673	77,8	74,1
1998	36 927	33 144	7 305	44 233	77,9	73,9
Ostdeutschland						
1990	.	.	.	.	.	.
1991 ⁴⁾	26 290	24 989	327	26 618	83,7	82,2
1992 ⁴⁾	27 436	25 523	449	27 886	83,2	81,4
1993	27 469	25 390	2 373	29 843	81,5	80,2
1994	28 338	26 547	2 675	31 014	80,3	78,7
1995	27 815	25 714	2 726	30 541	78,4	77,0
1996	28 303	25 505	2 995	31 299	76,8	74,7
1997	27 346	24 821	3 128	30 475	75,0	73,4
1998	27 637	24 886	3 339	30 976	74,0	72,0

¹⁾ Äquivalenzgewichtet auf Preisbasis 1998. Äquivalenzeinkommen = Haushaltseinkommen/(Haushaltsgröße)^{0,5}. — ²⁾ 1994 ohne Zuwandererstudie, 1997 und 1998 ohne Ergänzungstudie E. — ³⁾ Einschließlich privater Transfers und des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums. — ⁴⁾ Kapitaleinkünfte erhebungsbedingt ohne den Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Berechnungen des DIW.

Demgegenüber gewannen die Einkünfte aus Kapitalvermögen¹² in den 90er Jahren an Bedeutung. Beliefen sie sich im Durchschnitt aller Haushalte im Jahre 1990 erst auf 5700 DM, so waren es im Jahre 1998 schon 7300 DM.¹³ Entsprechend hat der Anteil der Kapitaleinkünfte am Markteinkommen in dieser Zeit auf 17 % zugenommen.

Ausgehend von einem niedrigen Niveau sind auch in Ostdeutschland die Kapitaleinkünfte durchgängig gestiegen, bis auf gut 3 300 DM im Jahre 1998; dies entsprach rund 11 % des Markteinkommens. Zwar wurden damit erst 46 % des Westniveaus erreicht,¹⁴ doch waren es fünf Jahre zuvor erst 35 %.

Dagegen stagnieren die Erwerbseinkommen insgesamt seit 1995.¹⁵ Das durchschnittliche Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit ist sogar seit 1994 leicht gesunken; 1998 lag es mit knapp 25 000 DM wieder auf dem Niveau von 1991.¹⁶

Parallel zu dieser Entwicklung nahm der Anteil der Personen in Haushalten mit Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit von 82 % im Jahre 1991 auf 72 % im Jahre 1998 ab. Dies ist u. a. auf die umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Entlastungsregelungen (z. B. Vorruhestand) zu Beginn der 90er Jahre zurückzuführen. Allerdings ging damit kein Rückgang der Erwerbsbeteiligung einher, da das Erwerbspersonenpotential in Ostdeutschland in diesem Zeitraum gesunken ist.¹⁷

Ebenso wie in Westdeutschland sind die Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit die wichtigste Einnahmequelle für die ostdeutschen Haushalte. Ihr Anteil am Marktäquivalenzeinkommen betrug im Jahre 1998 rund 80 % und lag damit noch über dem Anteil dieser Einkommensart bei westdeutschen Haushalten (75 %).

Zunehmende Ungleichheit in den Markteinkommen

Ein häufig verwendetes Maß für die Disparität der Einkommensverteilung ist der Gini-Koeffizient. Im Falle einer völlig gleichmäßigen Einkommensverteilung hat er den Wert null und geht mit zunehmender Ungleichverteilung gegen eins.

Daran gemessen ist in beiden Teilen Deutschlands die Verteilung der haushaltsbezogenen Markteinkommen in den 90er Jahren ungleicher geworden (Tabelle 3). So stieg der Gini-Koeffizient in Westdeutschland von 0,41 zu Beginn der 90er Jahre auf 0,45 im Jahre 1998. In Ostdeutschland fiel der Anstieg noch stärker aus. Waren die Disparitätsmaße im Jahre 1991 für Ost- und Westdeutschland nahezu gleich, so war der Gini-Koeffizient für Ostdeutschland im Jahre 1998 mit 0,49 deutlich höher.

Bei Betrachtung des Medians¹⁸ der Markteinkommen und einer auf dem Median basierenden Niedrigeinkommensquote¹⁹ wird deutlich, dass es Veränderungen über-

wiegend in den unteren Einkommensgruppen gab. In beiden Regionen Deutschlands nahm der Anteil der Personen in Haushalten, die weniger als die Hälfte des Medians zur Verfügung hatten, über den gesamten Zeitraum zu. Bei etwa gleichem Ausgangsniveau ist der Anteil in Ostdeutschland wesentlich stärker gestiegen als in Westdeutschland; 1998 betrug der Abstand fünf Prozentpunkte (34 % gegenüber 29 %). Hier macht sich wiederum die gesunkene Quote von Personen in Haushalten mit Erwerbseinkommen bemerkbar.

Dass die Veränderungen zu Lasten der Haushalte von Geringverdienern gingen, kann mit Hilfe des Mean-Log-Deviation-Indikators (MLD) noch deutlicher gezeigt werden. Dieses Maß reagiert besonders sensitiv auf Veränderungen im unteren Einkommensbereich — im Gegensatz zum Gini-Koeffizienten, der stark von den häufig vorkommenden Einkommen, also den mittleren Einkommen, geprägt ist.²⁰ Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland nahm dieser Koeffizient im gesamten Zeitraum deutlich zu, im Osten stärker als im Westen.

Bei Verwendung von „Quartile-Ratios“ kann die Spreizung der Einkommen noch differenzierter betrachtet werden, indem Indikatoren für das Einkommen verschiede-

¹² Einschließlich des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums, berechnet nach der Bruttomethode (vgl. J. R. Frick und M. M. Grabka: Der Einfluß von Imputed Rent auf die personelle Einkommensverteilung. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, im Erscheinen).

¹³ Diese Angaben sind ebenso wie die Angaben zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit mit einem großen Fehlerspielraum behaftet, da in Haushaltsbefragungen — sei es das SOEP oder die amtliche EVS — die Einkommen aus Kapitalerträgen nur unzureichend erfasst werden (vgl. A. B. Atkinson und J. Micklewright: On the reliability of income data in the family expenditure survey 1970–1977. In: Journal of the Royal Statistical Society, 146, Part 1, 1983, S. 33–61).

¹⁴ Die Kapitalerträge fallen u. a. auch wegen des geringeren Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums in Ostdeutschland niedriger aus. Dies erklärt sich einerseits durch den durchschnittlich geringeren Verkehrswert der Immobilien, andererseits auch durch den weiterhin bestehenden geringeren Anteil an Eigentümern in Vergleich zu Westdeutschland (vgl. J. R. Frick und M. M. Grabka, a.a.O.).

¹⁵ Der Anteil der Haushalte mit Erwerbseinkommen ist aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sowie der umfangreichen Vorruhestandsregelungen von 1991 bis 1998 um 12 Prozentpunkte auf 72 % gesunken.

¹⁶ Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit haben sich dem Westniveau bis 1994 auf 79 % genähert. Seither ist jedoch ein stetiger Rückgang zu beobachten, bis 1998 auf 75 %.

¹⁷ Vgl. ANBA, a.a.O., S. 35.

¹⁸ Beim Median handelt es sich um einen Einkommensschwellenwert, der die Bevölkerung in eine untere und eine obere Hälfte unterteilt.

¹⁹ Hier werden Personen erfasst, deren Marktäquivalenzeinkommen weniger als 50 % des Medians beträgt.

²⁰ Der MLD-Koeffizient gibt die durchschnittliche Abweichung der logarithmierten Einkommen vom logarithmierten Mittelwert an. Er ist bei einer vollständigen Gleichverteilung auf Null normiert, aber anders als der Gini-Koeffizient nach oben offen.

Tabelle 3

Verteilung der realen Markteinkommen¹⁾ der Bevölkerung in Privathaushalten in Deutschland

Jahr ²⁾	Median in DM	Gini- Koeffizient	Mean Log Deviation (MLD)	Niedrigein- kommensquote ³⁾ in %	Quartile Ratio 75/25	Quartile Ratio 75/50	Quartile Ratio 50/25
Westdeutschland							
1990	40 188	0,409	0,768	25,3	3,03	1,48	2,05
1991	40 912	0,414	0,831	25,7	3,15	1,51	2,08
1992	41 034	0,422	0,829	27,0	3,45	1,55	2,23
1993	40 217	0,428	0,861	27,7	3,62	1,56	2,32
1994	39 184	0,440	0,872	28,5	3,94	1,58	2,49
1995	39 770	0,439	0,886	27,8	3,77	1,59	2,38
1996	38 976	0,445	0,936	28,6	4,00	1,63	2,46
1997	38 002	0,448	0,950	28,4	4,03	1,62	2,49
1998	39 000	0,451	1,040	29,1	4,26	1,64	2,60
Ostdeutschland							
1990	.	.	.	.	.	.	.
1991	25 684	0,402	0,820	24,5	2,93	1,48	1,97
1992	25 707	0,424	0,923	25,9	3,41	1,59	2,15
1993	27 807	0,440	0,937	29,1	4,03	1,57	2,56
1994	29 731	0,442	0,974	31,6	4,41	1,54	2,86
1995	27 913	0,456	1,072	30,4	5,05	1,68	3,02
1996	26 904	0,471	1,114	31,1	5,68	1,74	3,26
1997	27 682	0,481	1,144	34,0	6,91	1,67	4,13
1998	26 918	0,490	1,205	33,9	7,88	1,74	4,52

¹⁾ Äquivalenzgewichtet auf Preisbasis 1998. Äquivalenzeinkommen = Haushaltseinkommen/(Haushaltsgröße)^{0.5}. — ²⁾ 1994 ohne Zuwanderererstichprobe, 1997 und 1998 ohne Ergänzungsstichprobe E. — ³⁾ Anteil der Personen mit einem Marktäquivalenzeinkommen von weniger als 50 % des Medians.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Berechnungen des DIW.

ner Gruppen von Haushalten verglichen werden. Das 75/25-Quartile-Ratio gibt zum Beispiel das Verhältnis der unteren Einkommensgrenze des gut verdienenden Viertels der Bevölkerung zu der Einkommensschwelle an, die das Viertel der Geringverdienenden von der übrigen Bevölkerung trennt. In Westdeutschland betrug dieser Wert Anfang der 90er Jahre noch 3 und stieg bis 1998 auf 4,3. In Ostdeutschland kam es zu einer geradezu dramatischen Veränderung. Das Verhältnis betrug 1998 fast 8 und hatte sich damit binnen fünf Jahren fast verdoppelt; das bedeutet, dass das niedrigste Einkommen des gut verdienenden Viertels der Bevölkerung 1998 das Achtfache des höchsten Einkommens ausmachte, das im Viertel der Geringverdiener erzielt wurde.

Im oberen Einkommensbereich (75/50-Quartile-Ratio) nahm die Ungleichheit dagegen nur wenig zu. Das Verhältnis stieg von 1,5 (1990) auf rund 1,6 im Westen und auf gut 1,7 im Osten. Die Einkommensgrenze zum oberen Einkommensquartil betrug also 1998 nur das 1,6fache des Medians der Markteinkommen in den privaten Haushalten.

Inwieweit dieser Prozess von der Zunahme des Anteils der Personen ohne Erwerbseinkommen oder auch von zunehmender Ungleichheit innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung bestimmt wurde, ist bei der Betrachtung der

gesamten Population kaum ersichtlich. Werden nur die Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Haushaltsmitglied im Alter von 25 bis 55 Jahren berücksichtigt, so kommt der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Verteilung der Markteinkommen noch erheblich stärker zum Ausdruck. Hier ist in beiden Regionen Deutschlands der Anteil der Personen in Haushalten mit Erwerbseinkommen in den 90er Jahren rückläufig gewesen, und die Spreizung der Markteinkommen hat ebenfalls deutlich zugenommen (Tabelle 4).

In Ostdeutschland lag das durchschnittliche Markteinkommen dieser Haushalte mit etwa 39 000 DM im Jahre 1998 merklich unter dem westdeutschen Durchschnittswert — um rund 25 %.

Dazu trugen neben der hohen Arbeitslosigkeit u. a. auch der niedrigere monatliche Bruttodurchschnittslohn je abhängig Beschäftigten²¹ sowie die niedrigeren Sondervergütungen²² bei. Ferner war der Anteil von Beschäf-

²¹ Im Juni 1999 lag dieser bei rund 79 % des vergleichbaren Westwertes; seit 1996 stagniert er auf diesem Niveau. Vgl. R. Schäfer und J. Wahse: Konsolidierung der Wirtschaft bei weiterhin angespanntem Arbeitsmarkt. Ergebnisse der vierten Welle des IAB-Betriebspanels Ost 1999. IAB-Werkstattbericht. Diskussionsbeiträge des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe Nr. 6, 2000.

Tabelle 4

**Verteilung der realen Markteinkommen¹⁾ der Bevölkerung
in Privathaushalten mit erwerbsfähigen Personen²⁾
in Deutschland**

Jahr ³⁾	Mittelwert in DM	Gini- Koeffizient	Mean Log Deviation (MLD)	Anteil der Personen in Haushalten mit Erwerbs- einkommen in %
Westdeutschland				
1990	51 260	0,320	0,303	97,0
1991	52 963	0,325	0,362	96,2
1992	53 702	0,334	0,390	95,4
1993	52 429	0,342	0,422	95,1
1994	52 145	0,353	0,423	94,2
1995	52 804	0,355	0,469	94,6
1996	52 236	0,360	0,517	93,4
1997	51 467	0,361	0,515	93,8
1998	52 287	0,365	0,566	93,5
Ostdeutschland				
1990	.	.	.	.
1991	31 888	0,295	0,300	97,1
1992	33 568	0,320	0,369	96,6
1993	36 194	0,340	0,446	95,6
1994	37 560	0,338	0,475	95,5
1995	37 441	0,344	0,435	95,9
1996	38 643	0,356	0,493	94,7
1997	38 248	0,362	0,552	93,5
1998	39 070	0,368	0,570	93,5

¹⁾ Äquivalenzgewichtet auf Preisbasis 1998. Äquivalenzeinkommen = Haushaltseinkommen/ (Haushaltsgröße)^{0.5}. — ²⁾ Personen in Haushalten mit mindestens einer erwerbsfähigen Person im Alter von 25–55 Jahren. — ³⁾ 1994 ohne Zuwandererstichprobe, 1997 und 1998 ohne Ergänzungsstichprobe E.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Berechnungen des DIW.

tigten mit befristeten Arbeitsverträgen, womit Beschäftigungslücken im Jahresverlauf verbunden sind, mit 14 % in Ostdeutschland fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Anders als bei den Markteinkommen für die Gesamtbevölkerung war hier trotz der Niveauunterschiede die Einkommensverteilung — gemessen am Gini- und MLD-Koeffizienten — in beiden Regionen über den gesamten Zeitraum nahezu gleich.

Fazit

Die Einkommenssituation privater Haushalte in Westdeutschland war in den 90er Jahren durch eine Stagnation der realen Markteinkommen gekennzeichnet. Für Ostdeutschland ist — nach einer anfänglichen Phase von

Realeinkommenszuwächsen — seit Mitte der 90er Jahre ebenfalls eine Stagnation zu beobachten. Die Haushaltseinkommen aus unselbständiger Tätigkeit sind zuletzt sogar auf das Niveau von 1991 zurückgefallen.

Die Verteilung der Markteinkommen für die Gesamtbevölkerung hat sich in den 90er Jahren deutlich verändert. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland hat die starke Zunahme der unteren Einkommensgruppen mehr zur Spreizung der Markteinkommen beigetragen, wobei die Ungleichheit in Ostdeutschland inzwischen stärker ausgeprägt ist.

Bei ostdeutschen Haushalten mit Personen im erwerbsfähigen Alter hat die Spreizung der Markteinkommen ein ähnlich hohes Ausmaß wie in Westdeutschland; der Durchschnittswert liegt freilich nach wie vor deutlich unter dem Westniveau.

Nur infolge der hohen Transfers erreichen die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland rund 80 % des westdeutschen Niveaus. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Haushalte — gemessen am erzielten Markteinkommen — betrug 1998 aber nur 70 % des westdeutschen Wertes.²³

Da das Bruttoinlandsprodukt im Ostteil Deutschlands zumindest bis 2002 geringer steigen wird als in Westdeutschland, ist eine weitere Annäherung der (Haushalts-) Erwerbseinkommen nicht in Sicht. In Verbindung mit dem sinkenden Anteil von Personen mit Erwerbseinkommen kann daher auch von einem weiterhin unzureichenden Beitrag zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme²⁴ ausgegangen werden.

²² In Westdeutschland hatten rund 13 % aller abhängig Beschäftigten in der Privatwirtschaft im Jahre 1997 eine betriebliche Sondervergütung, während der Anteil in Ostdeutschland nur rund 8 % betrug. Wurden in Westdeutschland im Jahre 1997 durchschnittlich rund 5 700 DM bei Arbeitnehmern mit betrieblichen Sonderzahlungen vergütet, waren es in Ostdeutschland nur rund 2 150 DM. Vgl. Betriebliche Sondervergütungen in Deutschland. Bearb.: Markus Pannenberg und Mathis Schröder. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/2000.

²³ Angesichts der hohen Zahl von Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, der deutlich höheren Erwerbsquote ostdeutscher Frauen und der hohen Zahl von Westpendlern (530 000 Personen im Jahre 1999, vgl. ANBA, a.a.O.) wird mit den Markteinkommen der ostdeutschen Haushalte die tatsächliche ökonomische Leistungskraft der ostdeutschen Wirtschaft tendenziell überschätzt. Dies äußert sich z.B. auch in der Steuerkraft der ostdeutschen Länder- und Gemeindehaushalte, die weniger als 40 % des westdeutschen Pro-Kopf-Niveaus aufweisen (vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2001/2002. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/2001).

²⁴ Vgl. Sozialversicherungshaushalt weiterhin mit Überschüssen. Bearb.: Volker Meinhardt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 46/2000.

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union

Entwicklung und individuelle Risikofaktoren

Arbeitslosigkeit allgemein und Jugendarbeitslosigkeit im Speziellen sind seit Mitte der 70er Jahre ein zentrales Problem vieler Industriegesellschaften. In fast allen europäischen Ländern sind Jugendliche wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Ältere. Zu den Ausnahmen gehört Deutschland.

Für Deutschland und Großbritannien, die hier beispielhaft untersucht werden, zeigt sich, dass das individuelle Risiko der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit nicht für alle jungen Menschen gleich groß ist, sondern — länderspezifisch — von verschiedenen sozioökonomischen und strukturellen Faktoren abhängt.

Im ersten Teil werden die aggregierten Verläufe der Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Union für ausgewählte Jahre im Zeitraum von 1985 bis 2000 betrachtet. Grundlage für diesen Vergleich sind tabellierte Daten¹, welche vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) zur Verfügung gestellt werden, um international vergleichende Arbeitsmarktforschung möglich zu machen. Im zweiten Teil werden mit Mikrodaten für Deutschland und Großbritannien individuelle Risikofaktoren genauer untersucht, um länderspezifische Strukturunterschiede aufzudecken. Die Analysen für Deutschland basieren auf anonymisierten Daten des Mikrozensus für 1995, die für Großbritannien auf dem britischen Labour Force Survey für 1996. Zum Zeitpunkt der Analyse waren noch keine aktuelleren Daten verfügbar.²

Entwicklung in den Ländern der EU

Wie die Gesamtarbeitslosigkeit unterlag die Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union im Zeitraum von 1985 bis 2000 starken Schwankungen. Ende der 80er Jahre kam es in den meisten Ländern, bedingt durch eine konjunkturelle Hochphase, vorübergehend zu einer Entspannung der Lage am Arbeitsmarkt. Zu Beginn der 90er Jahre jedoch stiegen die Quoten wieder auf ihre alten oder sogar noch höhere Werte. Aktuell ist für fast alle europäischen Länder eine Entspannung am Arbeitsmarkt zu beobachten. Insbesondere Finnland, Irland, die Niederlande, Portugal, Schweden und Spanien konnten ihre Arbeitslosenquoten in den letzten fünf Jahren stark senken.

Das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich.³ Während sich Irland, Luxemburg, die Niederlande und Österreich im Jahre 2000 durch niedrige Jugendarbeitslosenquoten hoben, war in Spanien, Belgien und Finnland fast jeder vierte Jugendliche beschäftigungslos, in Italien sogar jeder Dritte (Tabelle 1). Die Quoten für Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Portugal und Schweden lagen unter dem europäischen Durchschnittswert von 16 %. Vergleicht man jedoch die Arbeitslosenquoten von Jugendlichen und die von älteren Erwerbspersonen (25 Jahre und älter), wird deutlich, warum z. B. auch im Vereinigten Königreich

die Erwerbssituation junger Menschen als sehr problematisch betrachtet wird (Abbildung 1). Wie auch in Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Spanien und Schweden sind dort Jugendliche im Vergleich zu den älteren Erwerbspersonen stark überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Arbeitslosenquoten für das Jahr 2000 von 12,6 % für Jugendliche gegenüber 4,2 % für die über 25-Jährigen in Großbritannien machen dies deutlich. In Deutschland unterscheiden sich die Arbeitslosenquoten für die beiden Altersgruppen dagegen kaum (Abbildung 2). Ähnliches gilt für Irland und Österreich.

Junge Arbeitslose

... in Deutschland

Mit Hilfe von binominalen logistischen Regressionsmodellen wird geprüft, welchen Einfluss Alter, Geschlecht,

¹ Diese Zahlen basieren auf Daten, die im Rahmen der jährlich durchgeführten Arbeitskräfteerhebung von Eurostat ermittelt wurden. Der Vorteil dieser Daten liegt in der internationalen Vergleichbarkeit; es wird derselbe Merkmalsatz in jedem Land erhoben, dieselben Definitionen und identische Systematiken verwendet. Daneben werden die Erhebungen alle gleichzeitig im Frühjahr durchgeführt, und die Daten werden zentral von Eurostat verarbeitet. Vgl. Eurostat (Hrsg.): Erhebung über Arbeitskräfte. Brüssel/Luxemburg. Verschiedene Jahrgänge.

² Wir danken Walter Müller, Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie der Universität Mannheim für die Zurverfügungstellung der Daten.

³ Die spezifische Gestaltung und Organisation der Bildungssysteme kann den Erfolg bzw. Misserfolg am Arbeitsmarkt beeinflussen. Je nach institutionellen Besonderheiten verlaufen die Übergänge in die Erwerbssysteme leichter oder schwerer. Ein funktionierendes duales Ausbildungssystem — wie in Deutschland und Österreich — erleichtert den Einstieg in das Erwerbsleben. Vgl. dazu u.a. Walter Müller, Susanne Steinmann und Reinhart Schneider: Bildung in Europa. In: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen, 1997, S. 177—245. Jutta Allmendinger: Educational Systems and Labour Market Outcomes. In: European Sociological Review, H. 3, 1989, S. 231—250. Jutta Allmendinger und Thomas Hinz: Mobilität und Lebensverlauf: Deutschland, Großbritannien und Schweden im Vergleich. In: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hrsg.): a.a.O., 1997, S. 247—287.

Abbildung 1

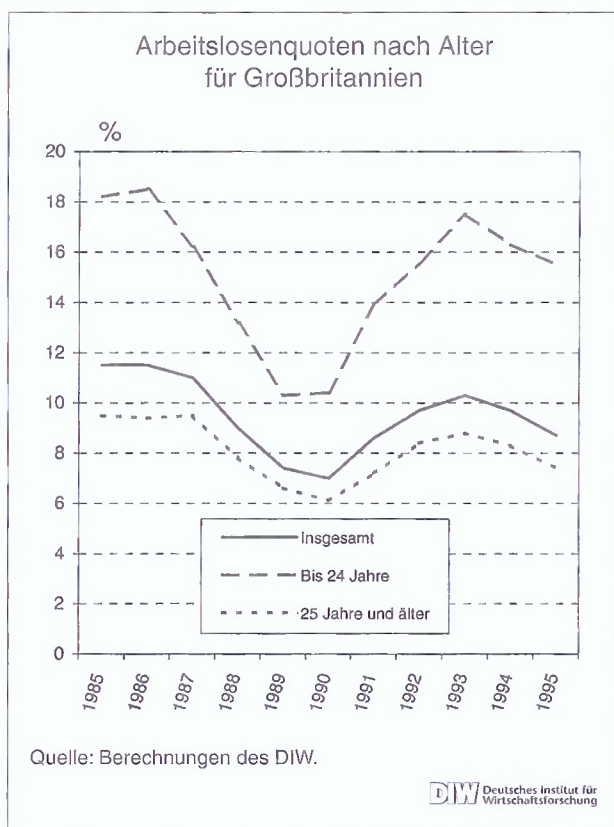
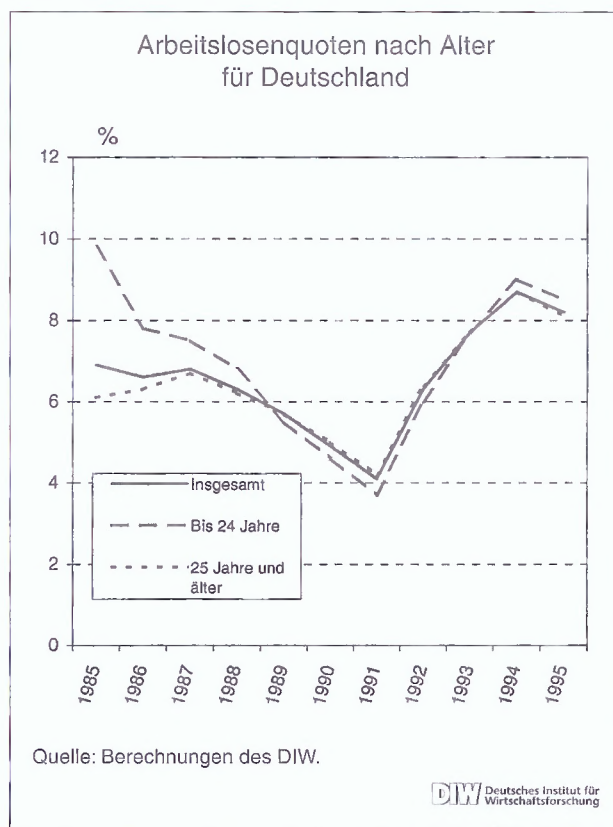


Abbildung 2



Familienstand, Nationalität, Bildung sowie Regionen- und Branchenzugehörigkeit auf die Arbeitslosigkeit junger Menschen haben. Dabei wird zwischen Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und Langzeitarbeitslosigkeit unterschieden.

Tabelle 2 zeigt, dass die älteren Jugendlichen (von 20 bis 24 Jahre) im Vergleich zu jüngeren (16 bis 19 Jahre) eher von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dieser Effekt gilt sowohl für die allgemeine Arbeitslosigkeit (Modell A) als auch für die Langzeitarbeitslosigkeit (Modell B). Er ist unabhängig von der Art der ansonsten einbezogenen Variablen. Weibliche Jugendliche sind im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch der Faktor Familienstand⁴ steht im Zusammenhang mit Erwerbslosigkeit. Verheiratete Jugendliche sind — wahrscheinlich aufgrund ihrer geringeren Mobilität — stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als ledige. Deutsche Jugendliche (auch mit doppelter Staatsbürgerschaft) sind im Vergleich zu ihren Altersgenossen ohne deutschen Pass besser gegen Arbeitslosigkeit geschützt. Neben Sprachproblemen spielt dabei möglicherweise Diskriminierung eine Rolle.⁵

Das Bildungsniveau erweist sich als einflussreichstes individuelles Merkmal, das den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt fördert bzw. hemmt. Mit zunehmender Bildung sinkt die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, wobei neben

der schulischen Bildung auch das Vorhandensein einer beruflichen Ausbildung eine wichtige Rolle spielt. Für Deutschland ist charakteristisch, dass die Arbeitslosenquoten nicht mit zunehmendem Bildungsgrad kontinuierlich sinken, sondern vom Vorhandensein einer Berufsausbildung abhängen. Die berufsspezifische Qualifikation überlagert die schulischen Abschlüsse. Eine abgeschlossene Lehre scheint ein zentrales Selektionskriterium am Arbeitsmarkt zu sein. Allerdings werden die Unterschiede mit steigendem Grad an formaler Bildung bedeutungsloser (Abbildung 3).

Das Risiko der Arbeitslosigkeit hängt auch davon ab, in welcher Region jemand lebt.⁶ Auffällig ist, dass Jugendli-

⁴ Dabei wird nur zwischen ledigen und verheirateten Jugendlichen differenziert, da es in dieser Altersgruppe keine ausreichenden Fallzahlen an Verwitweten oder Geschiedenen gibt.

⁵ Aufgrund der zu geringen Fallzahlen konnten die ausländischen Jugendlichen nicht nach ihrem Herkunftsland differenziert werden. Auch werden Jugendliche, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber hier geboren sind, nicht getrennt betrachtet. Es ist zu vermuten, dass eine differenzierte Betrachtung für die Gruppe der Ausländer Unterschiede im Arbeitslosigkeitsrisiko je nach Herkunftsland aufzeigen würde.

⁶ Region bedeutet hier Bundesland. Dabei wird unterstellt, dass das Bundesland, in dem jemand lebt, dem entspricht, in dem er auch arbeitet.

Definition von Arbeitslosigkeit, Jugend und Bildungsniveau

In Anlehnung an die Standarddefinition¹ des „International Labour Office“ (ILO) gilt in dieser Untersuchung als arbeitslos,

- wer zum Zeitpunkt der Erhebung ohne Arbeit ist,²
- wer gegenwärtig verfügbar ist, d.h. bereit ist, innerhalb von zwei Wochen eine bezahlte Arbeit anzunehmen, und
- wer aktiv auf der Suche nach Arbeit ist.³

Ausgeschlossen werden Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht direkt zur Verfügung stehen. In der Gruppe der Jugendlichen sind das insbesondere diejenigen, die sich noch im schulischen und/oder beruflichen (Aus-) Bildungssystem befinden.⁴

Die Jugendphase, nach der hier zugrunde gelegten Definition der Vereinten Nationen, umfasst alle Personen, die mindestens 15 und höchstens 24 Jahre alt sind.⁵

Das individuelle Bildungsniveau, das großen Einfluss auf die Beschäftigungschancen hat, muss bei einem Ländervergleich einheitlich operationalisiert werden. Dafür bietet sich das in den letzten Jahren entwickelte CASMIN-Bildungsschema an:⁶

- **1ab:** Soziales Minimum an Bildung. Es entspricht dem Niveau der allgemeinen Schulpflicht.
- **1c:** Über die allgemeine Schulpflicht hinausgehende berufsbezogene Basisausbildung.
- **2b:** Allgemeine oder akademische Kurse auf dem mittleren Niveau des 2. Bildungswegs.
- **2a:** Weiterführende berufsbezogene Ausbildung oder weiterführende Lehrprogramme, in denen die allge-

meine Schulbildung weiterführender Schulen mit einer berufsbezogenen Ausbildung kombiniert wird.

- **2c:** Vollständige Reifezeugnisse wie Abitur, A-Levels oder Baccalauréat.
- **2cvoc:** Vollständige Reifezeugnisse, die eine berufsbezogene Schulung oder Ausbildung beinhalten.
- **3a:** Erste Abschlüsse im tertiären Bildungsbereich, z.B. an Fachhochschulen.
- **3b:** Der Abschluss einer traditionellen, akademisch orientierten universitären Ausbildung.

¹ Gemäß diesen Kriterien werden auch die Arbeitslosenquoten von Eurostat ermittelt.

² Arbeit kann entweder eine abhängige Beschäftigung oder selbständige Erwerbstätigkeit umfassen.

³ Die aktive Suche beschränkt sich nicht allein auf die Einschaltung des Arbeitsamtes; jede Form der aktiven Suche wird berücksichtigt. Auch Individuen, die die aktive Suche bereits abgeschlossen haben und in naher Zukunft eine neue Erwerbstätigkeit beginnen, zählen zu den Arbeitslosen im Sinne der Definition.

⁴ In dieser Untersuchung werden Jugendliche, die mit 24 Jahren bereits einen Hochschulabschluss vorweisen können, ausgeschlossen, da diese Gruppe insbesondere in Deutschland sehr klein ist und die Analyse für seltene Merkmalskombinationen verzerrt.

⁵ Aus datentechnischen Gründen kommt es hier zu einer Abweichung von dieser Definition. Jugendliche können erst im Alter von 16 Jahren an berücksichtigt werden.

⁶ Zum Originalkonzept des Bildungsschemas vgl. Walter Müller und Yossi Shavit: The Institutional Embeddedness of the Stratification Process. A Comparative Study of Qualifications and Occupations in Thirteen Countries. In: dies. (Hrsg.): From School to Work. A Comparative Study of Educational Qualifications and Occupational Destinations. Oxford, 1998, S. 1–48.

che in den neuen Bundesländern und Berlin im Vergleich zu ihren Altersgenossen in den alten Ländern deutlich stärker von Beschäftigungslosigkeit betroffen sind. Insbesondere junge Menschen in Baden-Württemberg und Bayern sind relativ gut gegen Arbeitslosigkeit geschützt. Auch die Branche, in der jemand beschäftigt ist bzw. war,⁷ hat Einfluss auf den individuellen Erfolg am Arbeitsmarkt. Jugendliche, die eine Tätigkeit im produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungsbereich ausüben, haben im Vergleich zu jungen Menschen im land- und forstwirtschaftlichen Sektor deutlich bessere Chancen, erwerbstätig zu sein und es auch zu bleiben. Dabei erweist sich insbesondere die Beschäftigung im Dienstleistungssektor als Vorteil und dort vor allem in der öffentlichen Verwaltung.

Es gibt nur wenige Merkmale, die bei Jugendlichen die Dauer von Arbeitslosigkeit beeinflussen (Modell B).⁸ Neben dem Geschlecht sind das Bildung und Branchenzu-

gehörigkeit. Junge Frauen tendieren stärker zur Langzeitarbeitslosigkeit als ihre männlichen Altersgenossen. Sie sind nicht nur häufiger arbeitslos, sondern auch länger. Für die Bildungsvariable zeigt sich ein ähnliches Bild wie beim allgemeinen Beschäftigungsrisiko junger Menschen. Mit steigendem Bildungsniveau sinkt das Risiko langzeitarbeitslos zu sein. Wiederum erweist sich das Vorhandensein einer beruflichen Ausbildung als wesentliches Kriterium. Daneben ist auch die Branche, in der jemand beschäftigt war, bestimmend; wieder profitieren Jugendliche, die im Dienstleistungsbereich tätig sind.

⁷ Aus Gründen der Datenvergleichbarkeit werden nur Jugendliche betrachtet, die eine Angabe zur Branchenzugehörigkeit des aktuellen Berufs bzw. des letzten Berufs gemacht haben.

⁸ Als langzeitarbeitslos gelten Jugendliche, die 12 Monate oder länger ohne Arbeit sind.

Tabelle 1

Ausgewählte Arbeitslosenquoten in Ländern der Europäischen Union nach Altersgruppen¹⁾

in %

Land	1985	1990	1995	2000
Belgien	11,3	7,3	9,3	8,4
Jünger als 25 Jahre	23,6	14,5	21,5	23,0
25 Jahre und älter	9,0	6,2	7,9	6,9
Dänemark ²⁾	7,8	8,3	7,0	5,0
Jünger als 25 Jahre	11,5	11,5	9,9	8,4
25 Jahre und älter	6,8	7,6	6,3	4,4
Deutschland ³⁾	6,9	4,9	8,2	8,2
Jünger als 25 Jahre	9,8	4,6	8,5	9,0
25 Jahre und älter	6,1	5,0	8,1	8,0
Finnland	5,0	3,4	17,0	9,6
Jünger als 25 Jahre	9,1	6,4	41,2	21,4
25 Jahre und älter	4,2	2,9	13,8	7,8
Frankreich	10,3	9,4	11,9	8,9
Jünger als 25 Jahre	25,8	19,8	27,1	18,8
25 Jahre und älter	7,2	7,7	10,1	7,8
Griechenland	7,8	7,0	9,1	.
Jünger als 25 Jahre	23,9	23,2	27,9	.
25 Jahre und älter	5,2	4,4	6,5	.
Großbritannien ⁴⁾	11,5	7,0	8,7	5,5
Jünger als 25 Jahre	18,2	10,4	15,5	12,6
25 Jahre und älter	9,5	6,1	7,4	4,2
Irland	18,0	14,1	12,0	4,1
Jünger als 25 Jahre	25,1	19,8	19,0	5,6
25 Jahre und älter	15,4	12,5	10,3	3,8
Italien ⁵⁾	9,5	9,8	11,8	10,7
Jünger als 25 Jahre	32,2	29,0	32,8	31,9
25 Jahre und älter	4,5	5,9	8,4	7,9
Luxemburg	3,0	1,6	2,9	2,1
Jünger als 25 Jahre	6,5	3,6	7,2	5,7
25 Jahre und älter	2,0	1,3	2,3	1,7
Niederlande ⁶⁾	10,5	7,8	7,2	2,8
Jünger als 25 Jahre	17,7	11,4	12,1	5,1
25 Jahre und älter	8,7	6,8	6,1	2,4
Österreich	.	.	4,3	3,2
Jünger als 25 Jahre	.	.	5,9	4,4
25 Jahre und älter	.	.	4,1	3,0
Portugal	.	4,7	7,1	4,1
Jünger als 25 Jahre	.	10,4	16,0	8,5
25 Jahre und älter	.	3,2	5,5	3,4
Schweden ⁷⁾	2,8	1,7	8,1	5,6
Jünger als 25 Jahre	5,8	3,8	19,0	10,5
25 Jahre und älter	2,3	1,3	6,7	5,0
Spanien	.	16,3	22,7	13,6
Jünger als 25 Jahre	.	31,8	41,7	25,0
25 Jahre und älter	.	12,4	18,7	11,6

¹⁾ Zur Gruppe der Jugendlichen gehören bis 1994 die 16 bis 24-Jährigen, von 1995 an die 15 bis 24-Jährigen. — ²⁾ Saisonbereinigte Quote Oktober 2000. — ³⁾ Bis einschließlich 1990 Westdeutschland. — ⁴⁾ Saisonbereinigte Quote September 2000. — ⁵⁾ Saisonbereinigte Quote Juli 2000. — ⁶⁾ Saisonbereinigte Quote Oktober 2000. — ⁷⁾ Die Zahlen für Schweden basieren bis 1994 auf OECD-Daten, die mit denen von Eurostat vergleichbar sind.

Anmerkung: Bei den Zahlen für das Jahr 2000 handelt es sich, sofern nicht anders vermerkt, um saisonbereinigte Arbeitslosenquoten für den Monat November, da noch keine Gesamtquoten für 2000 vorliegen.

Quelle: Eurostat.

Abbildung 3

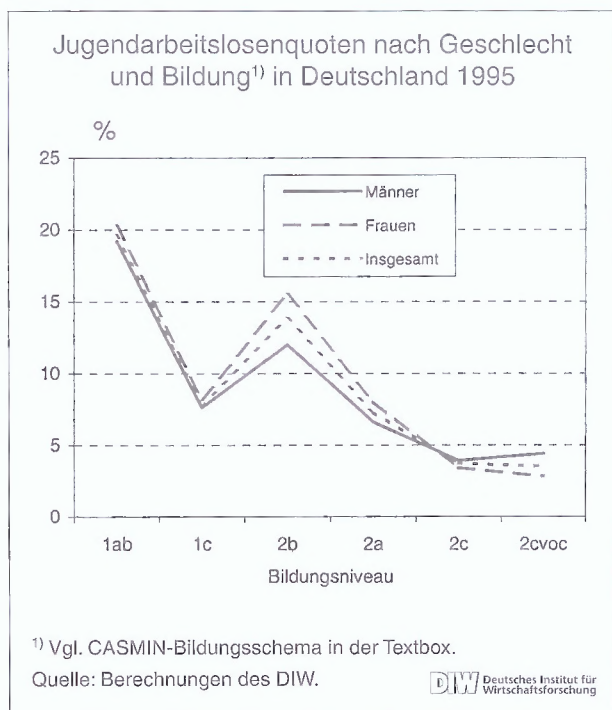
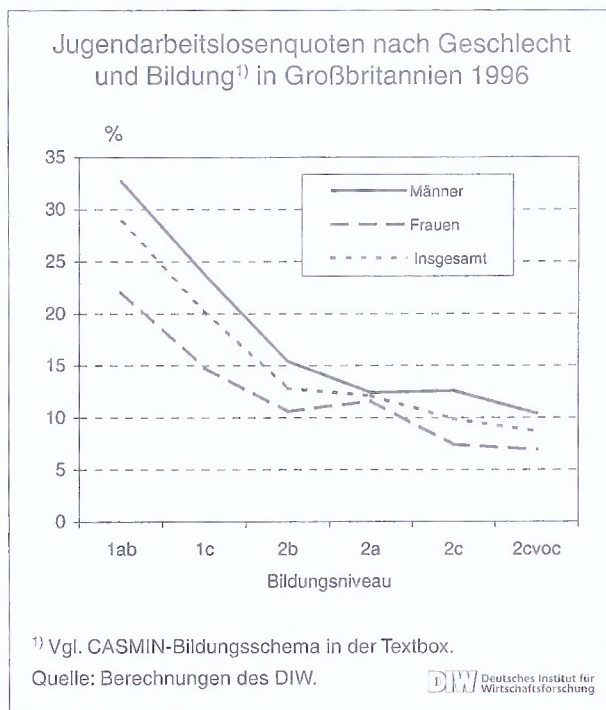


Abbildung 4



... und in Großbritannien

Für Großbritannien zeigen sich im Großen und Ganzen ähnliche Zusammenhänge wie für Deutschland, es gibt aber auch markante Unterschiede (Tabelle 3). Die 20 bis 24 Jahre alten Jugendlichen sind wie in Deutschland gegenüber den jüngeren im Nachteil. Auch in Großbritannien spielt das Geschlecht eine Rolle, allerdings sind es hier im Unterschied zu Deutschland die männlichen Jugendlichen, die einem höheren Risiko ausgesetzt sind, arbeitslos zu werden. Anders als in Deutschland hat der Familienstand keinen Einfluss auf die Jugendarbeitslosigkeit. Auch die inländische Staatsbürgerschaft wirkt sich — im Gegensatz zu Deutschland — nicht positiv auf den individuellen Erfolg am Arbeitsmarkt aus.⁹

Die Bildungsvariable erweist sich auch im Falle Großbritanniens wieder als der wichtigste Faktor, der das persönliche Risiko der Arbeitslosigkeit beeinflusst. Im Vergleich mit Deutschland zeigt sich jedoch ein etwas anderes Muster. Mit zunehmendem Grad an Bildung sinkt in Großbritannien die Wahrscheinlichkeit der Beschäftigungslosigkeit kontinuierlich (Abbildung 4). Das Vorhandensein einer beruflichen Ausbildung ist dagegen relativ bedeutungslos für den individuellen Erfolg. Zwar verringert eine abgeschlossene Ausbildung das Risiko auf einer Bildungsstufe, jedoch nicht zwischen den Stufen.

Während in Deutschland ausgeprägte regionale Unterschiede im Hinblick auf die Risiken der Beschäftigungs-

losigkeit bestehen, zeigt sich für Großbritannien ein homogeneres Bild. Wenig ausgeprägt ist auch der Zusammenhang zwischen Branchenzugehörigkeit und Arbeitslosigkeit. Das Risiko für Jugendliche, arbeitslos zu werden, ist in fast allen Branchen ähnlich groß. Das gilt auch für die öffentliche Verwaltung.

Auch bei der Erklärung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigen sich Unterschiede zwischen den beiden Ländern. Während es für Deutschland keinen Alterseffekt gibt, ist dieser für Großbritannien stark ausgeprägt und hochsignifikant. Die älteren Jugendlichen sind deutlich anfälliger gegenüber Langzeitarbeitslosigkeit. Der Geschlechtseffekt spielt eine geringere Rolle als beim allgemeinen Arbeitslosigkeitsrisiko; wiederum sind die männlichen Jugendlichen stärker betroffen als die weiblichen. Wie in Deutschland nimmt das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit mit steigendem Bildungsgrad ab. Jedoch sind die Zusammenhänge weniger signifikant. Es gibt deutliche Unterschiede zwischen den Regionen, während der Einfluss der Branche marginal ist.

⁹ Betrachtet man allerdings die Jugendarbeitslosenquoten für Großbritannien nach ethnischer Herkunft, werden Unterschiede deutlich. Das individuelle Risiko der Arbeitslosigkeit ist für die „weißen“ Jugendlichen sehr viel geringer als für junge Menschen anderer ethnischer Herkunft (für 1996: 7,7 % gegenüber 17,6 %), und das, obwohl letztere im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau haben. Vgl. Niall O'Higgins (1997): Die Herausforderung der Jugendarbeitslosigkeit. In: Internationale Revue für Soziale Sicherheit, H. 4, S. 67–100, hier S. 78.

Tabelle 2

Ergebnisse logistischer Regressionsmodelle zur Erklärung der
(Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Deutschland

	Risiko der Arbeitslosigkeit für Erwerbspersonen Modell A		Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit für Arbeitslose Modell B	
	Koeffizienten	Standardfehler	Koeffizienten	Standardfehler
Alter				
16–19 Jahre				
20–24 Jahre	.27***	.08	.29	.19
Geschlecht				
Männlich				
Weiblich	.29***	.06	.48***	.13
Familienstand				
Ledig				
Verheiratet	.19***	.07	.05	.15
Nationalität				
Deutsch				
Nichtdeutsch	.35***	.09	–.01	.18
Bildung ¹⁾				
1ab				
1c	–.97***	.08	–.41**	.17
2b	–.66***	.12	–.29	.23
2a	–1.69***	.09	–.73***	.18
2c	–1.73***	.16	–1.47***	.50
2cvoc	–2.04***	.16	–.39	.37
Region				
Schleswig-Holstein				
Hamburg	.12	.25	–.62	.65
Niedersachsen	.15	.18	.11	.39
Bremen	.08	.37	–5.35	6.94
Nordrhein-Westfalen	–.14	.16	.28	.37
Hessen	–.14	.19	–.30	.44
Rheinland-Pfalz	–.20	.20	.24	.44
Baden-Württemberg	–.48***	.17	.12	.40
Bayern	–.74***	.17	–.15	.40
Saarland	.06	.29	.01	.68
Berlin	.89***	.19	.18	.42
Brandenburg	1.23***	.19	.52	.42
Mecklenburg-Vorpommern	1.24***	.20	.67	.43
Sachsen	1.19***	.18	.52	.40
Sachsen-Anhalt	1.36***	.18	.88**	.40
Thüringen	1.08***	.19	.67	.42
Branche				
Landwirtschaft				
Energie	–.03	.25	–.41	.49
Energetische Derivate	–.62***	.16	–.21	.32
Metallverarb. Industrie	–.27*	.14	–.42	.28
Sonstiges prod. Gewerbe	–.29*	.16	–.29	.30
Baugewerbe	–.53***	.15	–.79***	.29
Handel	–.59***	.14	–.59**	.26
Verkehr	–.78***	.18	–.91**	.38
Kreditwesen	–.93***	.17	–1.03***	.37
Öffentliche Verwaltung	–1.01***	.14	–.38	.26
Konstante	–1.97***	.07	–1.60***	.47
Pseudo-R ²	0,125		0,083	
N	19895		1724	

¹⁾ Zu den Bildungsniveaus vgl. Textbox.

Anmerkungen: Alle kursiv geschriebenen Kategorien sind Referenzkategorien. Die Regressionskoeffizienten müssen immer in Bezug zur Referenzkategorie, die einen Koeffizienten von 0 aufweist, interpretiert werden. Positive Werte bedeuten einen Effekt „zugunsten“ der Arbeitslosigkeit, negative Werte zugunsten der Erwerbstätigkeit. Für jedes Modell sind die Regressionskoeffizienten, ihre Standardfehler und ihre Irrtumswahrscheinlichkeiten von < 10 % (*), < 5 % (**) und < 1 % (***) angegeben.

Quellen: Mikrozensus 1995; Berechnungen des DIW.

Tabelle 3

Ergebnisse logistischer Regressionsmodelle zur Erklärung der
(Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Großbritannien

	Risiko der Arbeitslosigkeit für Erwerbspersonen Modell A		Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit für Arbeitslose Modell B	
	Koeffizienten	Standardfehler	Koeffizienten	Standardfehler
Alter				
16–19 Jahre				
20–24 Jahre	.24***	.08	1.27***	.20
Geschlecht				
Männlich				
Weiblich	–.61***	.08	–.48**	.20
Familienstand				
Ledig				
Verheiratet	.06	.14	.42	.29
Nationalität				
Britisch				
Nicht-britisch	–.05	.22	–.70	.54
Bildung ¹⁾				
1ab				
1c	–.33***	.11	–.29	.24
2b	–.83***	.09	–.17	.21
2a	–.95***	.12	–.75***	.29
2c	–1.34***	.14	–1.94***	.49
2cvoc	–1.30***	.20	–.72	.50
Region				
North East				
North West	–.10	.18	–.73*	.38
Merseyside	.30	.24	–.30	.48
Yorkshire & Humberside	–.16	.19	–.81**	.40
East Midlands	–.34*	.20	–1.08**	.46
West Midlands	–.14	.18	–.41	.38
South West	–.51**	.21	–1.46***	.51
East Anglia	–.62***	.20	–1.15***	.44
London	–.14	.19	–.28	.39
South East	–.49***	.18	–.54	.37
Wales	–.13	.21	–.91**	.46
Scotland	–.11	.18	–.96**	.39
Northern Ireland	–.37	.24	–.45	.50
Branche				
Landwirtschaft				
Energie	–.55	.65	.01	1.48
Energetische Derivate	–.68*	.40	–.57	.97
Metallverarb. Industrie	.13	.27	.20	.60
Sonstiges prod. Gewerbe	.31	.26	–.38	.58
Baugewerbe	.44*	.26	.10	.58
Handel	–.10	.25	–.19	.56
Verkehr	–.51*	.31	–1.84**	.93
Kreditwesen	–.31	.30	–.51	.66
Öffentliche Verwaltung	.22	.26	.08	.57
Konstante	–2.45***	.15	–2.23***	.36
Pseudo–R ²	0,088		0,177	
N	8823		957	

1) Zu den Bildungsniveaus vgl. Textbox.
Anmerkungen: siehe Tabelle 2.
Quellen: Labour Force Survey 1996; Berechnungen des DIW.

Eine Illustration

Das Zusammentreffen mehrerer „benachteiligender“ Merkmale kann die individuelle Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit deutlich erhöhen. Zur Veranschaulichung werden zwei Fallbeispiele herangezogen, für die die individuellen Wahrscheinlichkeiten der Arbeitslosigkeit berechnet werden:

1. Eine in Deutschland lebende 22-jährige Frau, die verheiratet ist und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Sie lebt im von Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Bundesland — Sachsen-Anhalt — und kann nur einen Hauptschulabschluss vorweisen. Außerdem ist sie im landwirtschaftlichen Bereich tätig.
2. Eine in Großbritannien lebende Frau, die bezüglich Alter, Familienstand, Nationalität, Bildung und Branche die gleichen Merkmale besitzt und in Merseyside lebt, der Region mit dem höchsten Anteil jugendlicher Arbeitsloser.

Für die junge Frau in Beispiel 1 ergibt sich eine individuelle Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, von 62 %. Die junge Frau, die in Großbritannien lebt, muss dagegen nur zu 7,5 % davon ausgehen, ohne Job zu sein. Ein benachteiligendes Merkmal weniger kann die Chancen am Arbeitsmarkt deutlich verbessern. Wenn z. B. die junge Frau aus Beispiel 1 Abitur hätte, würde für sie die Wahrscheinlichkeit — bei Konstanz der sonstigen Ausprägungen — von 62 % auf 17 % sinken. Kommt dagegen ein weiteres benachteiligendes Merkmal hinzu, kön-

nen sich die Chancen entsprechend verschlechtern. Für einen in Großbritannien lebenden Mann, der ansonsten die gleichen Merkmale aufweist wie die Frau aus Beispiel 2, würde sich die Wahrscheinlichkeit von 7,5 % auf 13 % erhöhen.

Fazit

Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien hängt das Risiko, arbeitslos zu werden, stark von dem individuellen Bildungsniveau ab. Während jedoch in Deutschland eine berufsspezifische Qualifikation die schulischen Abschlüsse überlagern kann, verringert sich in Großbritannien das Risiko der Arbeitslosigkeit bei Vorhandensein einer Berufsausbildung zwar auf einer Bildungsstufe, aber nicht zwischen den Stufen. Allgemein sinkt das Arbeitslosigkeitsrisiko mit zunehmendem Qualifikationsgrad. Allerdings sind auch andere Faktoren wie das Geschlecht, die Nationalität oder die Region von Bedeutung.

Eine erfolgreiche Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erfordert — neben gesamtwirtschaftlichem Wachstum — eine gezielte Ausrichtung der Maßnahmen auf diejenigen, die am anfälligsten sind. Um die Problemgruppen genauer identifizieren zu können, ist es erforderlich, weitere individuelle Risikofaktoren wie soziale Herkunft, Beruf, Wohnort oder individuelle Einstellungen zu identifizieren.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schrettl, Ph. D.,

Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Angleichung der Markteinkommen privater Haushalte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht in Sicht

Bearbeitet von Markus M. Grabka und Birgit Otto

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union — Entwicklung und individuelle Risikofaktoren

Bearbeitet von Bettina Isengard

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304